

Die Rekrutierung von Behörden wird immer schwieriger

DAS MILIZSYSTEM IN GEFAHR

Das Milizsystem, ein zentraler Pfeiler unseres politischen Systems, gerät immer mehr in Gefahr. Dabei prägt es den Charakter unseres Staates auf allen Ebenen. Es will, dass Bund, Kantone und Gemeinden nicht allein von Berufspolitikern „regiert“ werden. Auch Bürgerinnen und Bürger, die noch einen anderen Schwerpunkt haben, sollen in der Politik Verantwortung übernehmen.



Dr. Jean-Claude Kleiner

Senior Partner
Gemeindeberatung
St.Gallen

Das Milizsystem ist seit der Gründung der modernen Schweiz im Jahre 1848 ein tragendes Merkmal unseres Staatswesens. Wie der Föderalismus Verantwortung auf die Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden verteilt, will auch das Milizsystem keiner „classe politique“ die Alleinherrschaft anvertrauen. Vielmehr sollen alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich aktiv an der Gestaltung des Staates zu beteiligen.

Leider zeigt die Erfahrung, dass es insbesondere für Ämter auf der kommunalen Ebene immer schwieriger wird, diese kompetent zu bestellen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich für politische Ämter zur Verfügung zu stellen. Dies schwächt das Milizsystem und schafft eine gefährliche Distanz zwischen Bürger und Staat. Doch wo liegen die Ursachen?

Für die Gefährdung des Milizsystems sind folgende Aspekte massgebend:

1. WOHLSTAND UND WOHLFAHRT

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahrzehnten trotz verschiedener Krisen wirtschaftlich sehr gut entwickelt. Die ursprünglich eher industriell geprägte Wirtschaft hat zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit einem beachtlichen

Bruttosozialprodukt mutiert. Der Wohlstand und die verschiedenen Sozialwerke konnten weiter ausgebaut werden. Doch mit der langfristigen Sicherung der Existenz auf gutem Niveau interessieren politische Themen plötzlich weniger.

2. FREIZEITGESELLSCHAFT

Das materielle Wohl erlaubt eine vielseitige Gestaltung der Freizeit. An das notwendige Übel, die Politik bzw. die Freiwilligenarbeit, denkt niemand. Weshalb also auf Genuss verzichten?

3. BERUFLICHE BELASTUNG

Trotz sinkender Arbeitsstunden hat für viele, insbesondere für die Führungspersonen, die berufliche Belastung keineswegs abgenommen. So sind die „Batterien“ abends häufig leer und die Lust auf zusätzliche Verantwortung gering.



4. IMAGE DER POLITIK

Das Image der Politik hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Während Amtsinhaber früher noch einen gewissen Respekt genossen, werden sie heute eher belächelt. Die Medien, insbesondere das Fernsehen, tragen zu diesem unglücklichen Bild wesentlich bei.

5. DESTRUKTIVE GESPRÄCHSKULTUR

Die Politik hat zu diesem wenig motivierenden Image selbst auch beigetragen. So liessen die wachsende Polarisierung zwischen Links und Rechts und der schwindende Respekt vor dem politisch Andersdenkenden vielerorts eine destruktive Gesprächskultur entstehen. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht so häufig nicht mehr die sachliche Auseinandersetzung, sondern die Verunglimpfung des Gegenübers.

KONSEQUENZEN DIESER ENTWICKLUNG

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind vielschichtig und dem Staat wenig förderlich. So zeigen sich insbesondere folgende negative Tendenzen, die einen eigentlichen Teufelskreis verursachen:

- Belastetes Image der Politik
- Schwierigkeiten bei der Rekrutierung
- Bescheidene Kompetenz der Kandidaten
- Wenig überzeugende Problemlösungen
- Kritik der Bevölkerung
- Verlust an Vertrauen
- Zusätzliche Demotivation
- Austritte zu Unzeiten
- Bescheidener Leistungsausweis
- usw.

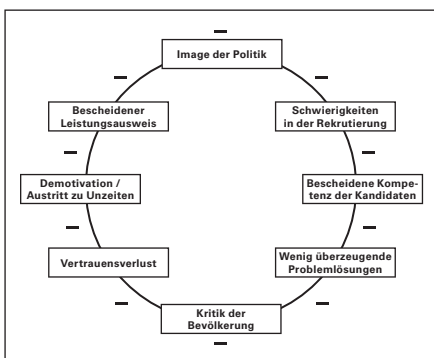


Abb. 1: Destruktive Politikkultur

NOTWENDIGE STRATEGIEN ZUR KURSÄNDERUNG

Diese frustrierende Entwicklung, welche die Politik zu einem gewissen Teil selbst zu verantworten hat, welche aber auch durch die Medien genährt wird, gilt es dringend zu bremsen. Dies bedingt allerdings einen längerfristigen Prozess.

1. KONSTRUKTIVE POLITKULTUR

Einen ersten Schritt zur Gesundung des



Milizsystems könnten die Politiker selbst unternehmen, wenn sie nicht nur ideologische, sondern auch humanistische Werte in den politischen Alltag mitnehmen würden. Dies verlangt Respekt vor dem politisch Andersdenkenden, aber auch die Entwicklung des Bewusstseins, dass Politik ein Mannschaftssport ist.

2. VERNÜNFTIGE ZEITLICHE BELASTUNG

Verschiedene Analysen zeigen, dass die zeitliche Belastung in vielen politischen Ämtern zu hoch ist. Es gilt das zeitliche Engagement auf ein vernünftiges Pensum zu kürzen, zum Beispiel durch:

- Konzentration auf den strategischen Inhalt;
- Ausreichende Unterstützung durch die Verwaltung.

3. GROSSZÜGIGKEIT DER ARBEITGEBER

Auch im Kreise der Arbeitgeber, die sich vielerorts von der Politik verabschiedet haben, muss ein Umdenken stattfinden. Es gilt auch politisch Verantwortung wahrzunehmen und die Führungskräfte zu motivieren, sich in einem Amt zu engagieren.

4. ANSTÄNDIGE ENTSCHÄDIGUNG

Vierorts werden politische Ämter noch sehr bescheiden entschädigt. Selbstverständlich sind solche Aufgaben nicht mit privatwirtschaftlichen Stundensätzen zu honorieren, aber eine angemessene Entschädigung ist auch immer ein Aspekt der Wertschätzung.

5. KONSTRUKTIVE MEDIEN

Selbstverständlich wird sich auch in Zukunft am Motto „good news are no news“ nicht viel ändern. Trotzdem

könnten die Medien mit einer fairen Berichterstattung viel dazu beitragen, dass die Politik wieder an Ansehen gewinnt. Allein den Alltag eines Gemeindepräsidenten zu begleiten, würde eindrücklich zeigen, wie interessant Aufgaben im öffentlichen Bereich tatsächlich sind.

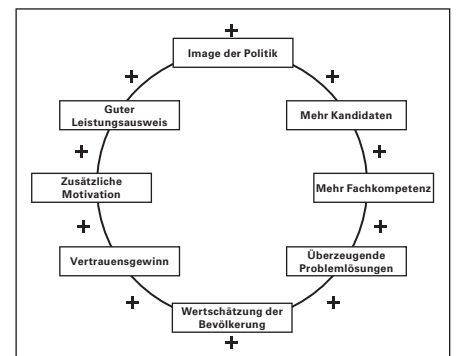


Abb. 2: Konstruktive Politikkultur

FAZIT

Es ist wohl allen bewusst, dass die Erhaltung und Stärkung unseres Milizsystems von grundlegender Bedeutung ist. Wir alle sind deshalb aufgefordert, für die Förderung der Attraktivität von politischen Ämtern etwas zu tun. Es gilt wieder, Respekt und Wertschätzung gegenüber der Arbeit in politischen Ämtern zu entwickeln. Die Inhaber solcher Ämter sollten sich jedoch auch ihrerseits wieder vermehrt ihrer Vorbildfunktion bewusst werden. Schliesslich tragen auch die Medien Verantwortung und sind aufgerufen, sich wieder auf eine ausgewogene und konstruktive Berichterstattung zu besinnen.